

Potenziale des christlich-muslimischen Dialogs in der Jugendarbeit zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft

von Ansgar Drücker

Der Interreligiöse Dialog kann – neben seiner theologisch-religiösen Bedeutung, um die es in diesem Artikel nicht geht – auch als ein Zugang zur oder eine Methode der Interkulturellen Öffnung verstanden werden. Dabei ist der Interreligiöse Dialog in Deutschland nicht voraussetzungslos, sondern ist in eine Gesellschaft mit sehr unterschiedlichen Aufgaben, Rollen und Funktionen der verschiedenen Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie der ihnen nahestehenden Verbände eingebettet.

Während die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland bei formaler Trennung von Staat und Kirche auf vielfältige Weise mit Staat und Gesellschaft verwoben sind und durch ihre Anerkennung als Körperschaften des öffentlichen Rechts (KdÖR) auch eine juristische Sonderstellung mit einigen Privilegien genießen, gibt es eine derart abgesicherte Rolle für die islamischen Glaubensgemeinschaften nicht. Erste Schritte zur Anerkennung islamischer Glaubensgemeinschaften sind zu verzeichnen, etwa der Verleih des KdÖR-Status an eine islamische Glaubensgemeinschaft in Hessen oder die Staatsverträge mit muslimischen und alevitischen Glaubensgemeinschaften in Hamburg. Es fehlen jedoch weiterhin beispielsweise ein muslimischer und ein alevitischer Wohlfahrtsverband und auch ein oder mehrere breit akzeptierte und etablierte muslimische Dachverbände, die sich wirkungsvoll in die gesellschaftliche Debatte in Deutschland einmischen. Gerade im sozialen Bereich, bei den Wohlfahrtsverbänden, in denen es einen hohen Anteil kirchlicher Arbeitnehmer_innen gibt, wird die Diskrepanz zum Islam und zum Alevitentum besonders deutlich. Damit kommt den christlichen Glaubensgemeinschaften selbst in der Diaspora eine ungleich bedeutendere und gegenüber muslimischen oder alevitischen Glaubensgemeinschaften mit in manchen Regionen vergleichbarem Bevölkerungsanteil privilegierte Rolle zu. Auch sind engagierte Christ_innen regelmäßig parallel Amtsträger_innen in Bundes- und Landesregierungen bzw. Parlamentarier_innen, was bei engagierten Muslim_innen bisher eher die Ausnahme ist. Diese völlig unterschiedliche Stellung wirkt in das Selbstbild der Glaubensgemeinschaften hinein und beeinflusst auch die

Selbstverortung von Angehörigen der Glaubensgemeinschaften innerhalb der deutschen Gesellschaft. Auch wenn sich einige konservative Christ_innen regelmäßig an den gesellschaftlichen Rand gedrängt fühlen, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der verfasste Staat und die verfasste Gesellschaft für ein weitgehend säkularisiertes Land wie Deutschland erstaunlich kirchennah und kirchenfreundlich darstellen.

Ein Interreligiöser Dialog in Deutschland, der diese unterschiedlichen Ausgangspositionen, von denen aus die Religionen agieren, ausblendet, läuft Gefahr auf einer unpolitischen Ebene hängen zu bleiben. Selbstverständlich kann man Interreligiöse Dialogprozesse auch als gesellschaftliche Nische oder Gegenerfahrung bewusst gestalten. Hier steht dann eher der Gewinn im persönlichen Austausch im Vordergrund. Ein Interreligiöser Dialog aber, der auch einen gesellschaftlichen Anspruch hat und der Annäherung der Religionen dienen soll, kann so kaum erfolgreich entstehen.

Ebenso wie in der Diskussion um die christliche Ökumene ist allerdings auch im Interreligiösen Dialog keineswegs vorausgesetzt, dass er überhaupt der Annäherung der Religionen dienen kann oder soll. Er kann ebenso gut zur Abgrenzung und Profilschärfung eingesetzt werden. Wenn etwa konservativ christliche Islamwissenschaftler_innen unter der Überschrift Interreligiöser Dialog in Deutschland vor allem die Christenverfolgung in islamischen Ländern anprangern, für die in Deutschland lebende Muslime im Allgemeinen keinerlei Verantwortung tragen, und kulturalisierende Islambilder transportieren, geht es eher um Konkurrenz und Abwehr denn um Annäherung. Im Übrigen ist kein Hinweis auf Christenverfolgungen in islamischen Ländern vollständig ohne die Hinweise auf Proteste gegen Moscheebauten, antimuslimische Parteien, eine unterschiedliche Behandlung von christlichen und islamischen Fundamentalismen sowie religiös aufgeladene Militäraktionen in christlich geprägten Ländern des Westens. Auch Sonderrechte für verfolgte Christ_innen gegenüber anderen Asylbewerber_innen oder Flüchtlingen erscheinen häufig nicht nur humanitär begründet, sondern können auch Handwerkszeug in einem religiös aufgeladenen Kulturkampf sein, der unter christlichen Vorzeichen vorangetrieben wird.

Ein eher statisch ausgerichteter Interreligiöser Dialog geht davon aus, dass die Religionen so sind, wie sie sind, und unnötige Konkurrenzen und gegenseitige Unterstellungen und Missachtungen durch einen Dialog ausgeräumt werden können. Diese Perspektive ermöglicht ein hohes Maß an Toleranz und gegenseitiger Anerkennung, stellt aber Missionierungsversuche und Ansprüche auf die Wahrheit, wie sie den meisten Religionen zu eigen sind, unter einen Generalverdacht gegen andere Glaubensrichtungen gerichtet zu sein. Ein gleichberechtigter Wettbewerb „um die Seelen der Gläubigen“ erscheint fast wie eine aufgeklärte Illusion, in den meisten Ländern der Welt (einschließlich Deutschland) dürfte er an äußerst ungleichen Voraussetzungen für die Religionsgemeinschaften scheitern oder zumindest dadurch deutlich erschwert werden. Die Zahl der auch de facto weltanschaulich und religiös neutralen Staaten hält sich in sehr engen Grenzen, wenn es sie überhaupt gibt.

Ein Interreligiöser Dialog, der auf die Annäherung der Religionen ausgerichtet ist und eher das Verbindende als das Trennende betont, entspricht am ehesten dem Anliegen vieler junger Menschen, die sich – beispielsweise im Rahmen von Jugendverbänden – im Interreligiösen Dialog engagieren. Hier werden regelmäßig positive Gesprächsergebnisse erzielt und findet ein echter Dialog statt, allerdings geht er an vielen Stellen weiter als die offiziellen Positionen der jeweiligen Glaubensgemeinschaften und wird daher häufig als theologisch unreflektiert oder gar als naiv diffamiert. Andere sehen ihn als Aufbruch von unten gegenüber theologisch-ideologischen Verhärtungen, die vor allem das Trennende der Religionsgemeinschaften betonen – und somit als friedensstiftendes Element von unten. Eine derart idealistische Position verdient viel Sympathie, übergeht aber häufig die derzeit weltpolitisch prägenden Gegenüberstellungen insbesondere der christlichen Religionen und der muslimischen Religionen. Nun muss zwar nicht jeder interreligiöse Dialogprozess mit diesem globalen Rucksack belastet werden, andererseits erfordert ein Ausklammern dieser religiösen und politischen Realitäten dann aber auch eine programmatische Bescheidenheit jenseits jeder Illusion von Weltrettung oder Weltfrieden.

Viele aktive Christ_innen, die sich im Interreligiösen Dialog engagieren, sehen sich selbst als der deutschen Gesellschaft zumindest in Teilen kritisch gegenüberstehende Gläubige, sei es etwa aus antimaterialistischen, aus

friedensethischen, aus antimodernen, aus internationalistischen oder aus ökologischen Motiven. Sie unterschätzen dabei leicht die eigene Verwobenheit in die weiterhin stark christlich geprägte deutsche Gesellschaft. Auch viele Atheist_innen oder Agnostiker_innen sehen sich als der deutschen Gesellschaft kritisch gegenüberstehende Menschen, vielleicht sogar gerade aufgrund deren immer noch stark christlicher (und damit ggf. als konservativ wahrgenommener) Prägung. Beide Gruppen jedoch müssen sich darauf einlassen, dass Deutschland beispielsweise aus islamisch geprägten Ländern als christlich geprägtes Land wahrgenommen und behandelt wird. Diese kulturelle Gegenüberstellung von Christentum und Islam über die Sphäre des Religiösen hinaus ist mindestens so stark ein christliches wie ein muslimisches Narrativ. Ob wir es wollen oder nicht, ob es uns berechtigt erscheint oder nicht, Deutschland wird als christliches Land mit christlicher Politik wahrgenommen. Politische Handlungen Deutschlands werden auch als Handlungen von Christ_innen interpretiert, was angesichts eines Pfarrers als Bundespräsidenten und einer Pfarrerstochter als Kanzlerin im Übrigen wenig überraschend ist. Damit werden aber auch die aggressiven Anteile der politischen Auseinandersetzung der westlichen Welt mit „dem Islam“, vor allem in den Jahren nach dem 11. September 2001, dem Christentum zugerechnet. Sie müssten damit auch selbstverständliche Bestandteile eines ernst gemeinten Interreligiösen Dialogs sein, der über die Begegnung von Einzelpersonen hinausgeht. Dies allerdings ist nur selten der Fall.

Typische Anforderungen an den Interreligiösen Dialog sind, er möge gleichberechtigt, respektvoll und kritisch sein – mit anderen Worten auf gleicher Augenhöhe stattfinden, die anderen Glaubensgemeinschaften anerkennen und achten sowie nicht gleichmacherisch oder naiv sein. Die kritische Anfrage muss erlaubt sein, ob eine solche „Laborsituation“ unter den gegebenen politischen oder gesellschaftlichen Voraussetzungen überhaupt „hergestellt“ werden kann. Realistischerweise sollte jeder Interreligiöse Dialog mit der Grundannahme beginnen, dass die Glaubensgemeinschaften in jedem gewählten Setting eben nicht gleichgestellt sind und dies jeweils mitreflektiert werden muss. In fast allen Ländern gibt es eine oder mehrere Glaubensgemeinschaften, die bis heute prägend für die Kultur und Politik des jeweiligen Landes sind – und entsprechend andere Glaubensgemeinschaften, die von unterschiedlichen Ausgangspositionen aus um Gleichbehandlung kämpfen müssen.

Diese Ausführungen sind nun keineswegs als Warnhinweis gegen den Interreligiösen Dialog zu verstehen, obwohl sie auch so genutzt werden könnten. Stattdessen führen sie zum Plädoyer die politisch-gesellschaftliche und globale Verwobenheit nicht als zu kompliziert für den Interreligiösen Dialog anzusehen und nicht so zu tun, als ob sie das Leben und die Haltung der einzelnen Handelnden im Interreligiösen Dialog gar nicht direkt betreffen.

Schließlich darf ein kritischer Blick aus atheistischer oder agnostischer Perspektive nicht fehlen. Da es einen entwickelten Dialog, der diese wachsende „Glaubensrichtung“ einbezieht, bisher kaum gibt, verwundert es nicht, dass Nicht-Gläubige kritisch betrachten, ob Interreligiöser Dialog nicht vor allem der Sicherung und ggf. Ausweitung von Privilegien der Glaubensgemeinschaften dient. Eine typische Forderung aus dem Interreligiösen Dialog in Deutschland etwa ist eine Gleichbehandlung der islamischen Glaubensgemeinschaften, was aber gleichzeitig von atheistischer Seite als weitere Ausdehnung der Privilegien von Religion im allgemeinen und damit als den herrschenden säkularen gesellschaftlichen Trend unterlaufend wahrgenommen wird. Ein Bündnis von christlichen Besitzstandswahrer_innen und Muslim_innen, die eine Etablierung in der deutschen Gesellschaft im Sinne eines verfassten deutschen Islam anstreben, ist für manche Atheist_innen eher ein Schreckensbild als gesellschaftlicher Fortschritt. Leider gibt es bisher nur wenige Beispiele für einen Interreligiösen Dialog unter Einbeziehung einer atheistischen Perspektive, was durch zum Teil nicht nur säkulare, sondern kirchenfeindliche atheistische Positionen zusätzlich erschwert wird. Auch Sicht der Glaubensgemeinschaften wäre dies möglicherweise ohnehin ein Widerspruch in sich selbst, gesellschaftlich wäre dies ein interessanter Gesprächszusammenhang, für den Konzepte, Begriffe und Ansätze bisher fehlen.

Übrigens können Christ_innen – auch aufgrund ihrer Kompetenz im Umgang mit älteren Schriften mit teilweise aus heutiger Sicht absurd erscheinenden Detailvorschriften oder nur kulturell bzw. historisch sinnvoll einzuordnenden Vorgaben – beispielsweise Verunglimpfungen des Islams als kriegerische Religion aufgrund einzelner Koransuren entkräften oder relativieren und so auch zu einem

besseren Verständnis des Islam bei Atheist_innen der Mehrheitsgesellschaft beitragen.

Aus der Diskussion um Diversitätsbewusste Bildungsarbeit ist bekannt, dass die Ausblendung von Machtgefällen in Dialog- und Aushandlungsprozessen zu einer Scheinneutralität führen kann, die tatsächlich aber fortdauernde strukturelle Benachteiligungen überdeckt. Der Gedanke der positiven Maßnahmen für bisher nicht gleichberechtigte Religionsgemeinschaften wurde denn auch schon häufig gedacht. Gerade im christlich-islamischen Verhältnis wird die Diskussion in Deutschland jedoch immer wieder dadurch erschwert, dass ein auf internationaler Ebene häufig als machtvoll wahrgenommener und mit aggressiven Anteilen konnotierter Islam die Wahrnehmung auch für Deutschland prägt, wo er strukturell im Vergleich zu den christlichen Kirchen nicht besonders stark aufgestellt ist. Hinzu kommt die häufig unreflektierte (nicht nur) sprachliche Vermischung des Islamismus mit dem Islam. Auch dadurch, dass die Worte Katholizismus und Protestantismus sprachlich zunächst neutral belegt sind, wird Islamismus gelegentlich leichtfertig mit dem Islam als Ganzem in Verbindung gebracht.

Angesichts dieser vielen kritischen Anfragen an den Interreligiösen Dialog empfiehlt es sich die Messlatte für einzelne Dialogprozesse nicht zu hoch zu hängen und nicht schon das „Format“ Interreligiöser Dialog als solches zu idealisieren. Auch dürften sich idealisierte Erfolgsversprechen des Interreligiösen Dialogs, etwa das Ziel Lösungen für globale Probleme zu entwickeln, als realitätsfern erweisen, zumal beispielsweise viele der als christlich oder muslimisch wahrgenommenen politischen und militärischen Entscheidungen bei genauerem Hinsehen eher aus einem Missbrauch der Religion bzw. religiöser Argumentationsmuster im politischen Raum resultieren.

Wenn Akteur_innen bereit sind, auf den vermeintlichen moralischen und ideologischen Überbau zu verzichten, öffnet sich der Blick für die Chancen des Interreligiösen Dialogs als eine Methode der interkulturellen Öffnung. Wenn beispielsweise Christ_innen und Muslime in einem Teilbereich ihrer persönlichen Identität in einen intensiven Austausch geraten – hier in Bezug auf ihre religiöse Identität und ggf. die daraus resultierenden Wertehaltungen –, so ist dies ein für die

Betroffenen neuer und wertvoller Gesprächszusammenhang, der ihren Blick auf die vielfältige Gesellschaft in Deutschland verändern und bereichern kann.

(Nicht nur) in der Jugendverbandsarbeit stellt sich darüber hinaus die Frage, ob Mitglieder von Kirchen und Religionsgemeinschaften, die nicht als offizielle Vertreter_innen fungieren, dennoch einen Beitrag leisten können, der über die Ebene der persönlichen Begegnung hinausgeht. Allein das Vorleben eines selbstverständlichen Dialogs beispielsweise zwischen Christ_innen und Muslim_innen kann innerhalb der Kirchen und Glaubensgemeinschaften auch ein wichtiges gesellschaftspolitisches Signal sein. Die Bereitschaft und Fähigkeit trotz ggf. vorhandener Privilegien einen Dialog auf gleicher Augenhöhe zu realisieren, der ungleiche Verhältnisse benennt und nicht umgeht, kann ein weiteres wichtiges Signal sein, das über die Ebene der persönlichen Begegnung hinausgeht. Ein Dialog zwischen Christ_innen und Muslim_innen kann darüber hinaus einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit einem auch in christlichen Kirchen verbreiteten antimuslimischen Rassismus sein, der sich teilweise religiöser bzw. kirchlicher Argumentationsmuster bedient und dem daher auch am ehesten innerkirchlich wirkungsvoll etwas entgegengesetzt werden kann – auf individueller wie auf struktureller Ebene. Um diese Wirkung zu erzielen, sollte der Interreligiöse Dialog beispielsweise in den christlichen Kirchen nicht nur als menschlich und religiös bereichernd, sondern auch als Teil einer Reaktion der traditionell in Deutschland verwurzelten christlichen Kirchen auf eine sich diversifizierende Glaubens- und Religionslandschaft in Deutschland wahrgenommen und dargestellt werden – auch dies ein nicht selbstverständliches innerkirchliches Signal. Die Reaktion auf wachsende gesellschaftliche und religiöse Vielfalt sollte insofern nicht defensiv im Sinne eines Rückzugs und einer Besinnung auf vermeintlich traditionelle Werte ausgerichtet sein, sondern progressiv im Sinne einer aktiven Annahme gesellschaftlicher Vielfalt, in der die eigene Kirche oder Glaubensgemeinschaft selbstbewusst einen von vielen Plätzen einnimmt.

Auf der politischen Ebene wäre beispielsweise zu fragen, ob die Andacht zur Eröffnung einer neuen Legislaturperiode aufgrund der Zusammensetzung des Deutschen Bundestages nicht auch muslimische Elemente enthalten sollte. Ebenso könnten auf der Ebene des interreligiösen Dialogs in der eigenen Stadt oder

Gemeinde bzw. in der lokalen Zivilgesellschaft auch und gerade von Vertreter_innen der etablierten Kirchen derartige Erweiterungen an all den Stellen vorgeschlagen werden, an denen bisher nur christliche (und seltener auch jüdische) Vertreter_innen eine Rolle spielen. Häufig kommen diese Anregungen eher von Nicht-Funktionär_innen als von offiziellen Kirchenvertreter_innen – und genau dies kann ein Ergebnis des interreligiösen Dialogs sein, der zunächst auf individueller Ebene beginnt.

Unsere Gesellschaft braucht mehr ernsthafte und direkte Kontakte vor allem zwischen christlich bzw. christlich geprägten und muslimischen bzw. muslimisch geprägten Menschen, nicht nur in Konfliktfeldern, sondern vor allem im Alltag. Man mag bedauern, dass diese zunehmend inszeniert werden müssen und an vielen Stellen nicht in der Nachbarschaft oder im Freundeskreis selbstverständlich sind. Dennoch gehören gerade für viele Angehörige der Mehrheitsgesellschaft regelmäßige und tiefergehende Kontakte zu anderen in Deutschland lebenden Communities nicht zum Alltag. Zum Aufbau und zur Pflege derartiger Kontakte kann der Interreligiöse Dialog neben vielen anderen Formaten einen wertvollen Beitrag leisten.

Dieser Text ist eine leicht überarbeitete Fassung eines Artikels aus einem IDA-Reader zur Interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsarbeit.

Ansgar Drücker ist Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e.V. (IDA). IDA ist das Dienstleistungszentrum der Jugendverbände für die Themenfelder (Anti-)Rassismus, Rechtsextremismus, Migration, Interkulturalität und Diversität.